

Antrag 77/I/2022
AG Migration und Vielfalt
Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Ablehnung

Eine zentrale Einbürgerungsbehörde für Brandenburg

1 Die SPD-Landtagsfraktion und
2 die SPD-geführte Landesre-
3 gierung werden aufgefordert,
4 sich für eine zentrale Einbürge-
5 rungsbehörde nach dem Vorbild
6 Berlins einzusetzen. Mit diesem
7 Antrag erweitern wir den Leitan-
8 trag der SPD Brandenburg. Der
9 Antrag ist weitgehend budget-
10 neutral. Vorhandene Ressourcen
11 können zu einem virtuellen,
12 zentralen Team zusammenge-
13 schlossen werden.

14

15 **Begründung**

16 Brandenburg verliert jährlich gro-
17 ße Teile der erfolgreich integrier-
18 ten Migrantinnen und Migranten
19 wieder an andere Bundesländer
20 oder EU-Länder. Aus Deutsch-
21 land wandern nach Angaben des
22 statischen Bundesamtes jährlich
23 ca. 700.000 Migrant*innen wie-
24 der aus. Die Einbürgerungszah-
25 len in Deutschland, insbesonde-
26 re in Brandenburg, stagnieren
27 seit vielen Jahren auf einem im
28 internationalen Vergleich niedri-

funktioniert in einem Flächen-
land wie Brandenburg nicht

29 gen Niveau, obwohl viele Mi-
30 grant*innen längst die hohen An-
31 forderungen erfüllen, die an die
32 deutsche Staatsangehörigkeit ge-
33 knüpft sind.

34 Der Einbürgerung kommt eine
35 zentrale Rolle für die Teilhabe
36 und Identifikation von Zuwan-
37 derinnen und Zuwanderern mit
38 dauerhafter Aufenthaltsperspek-
39 tive zu und kann als starker In-
40 dikator für einen langfristigen
41 Verbleib gesehen werden. Wich-
42 tige Rechte und Pflichten aus
43 verschiedenen Lebensbereichen
44 sind an die deutsche Staatsan-
45 gehörigkeit geknüpft. Sie ist ins-
46 besondere Voraussetzung für die
47 volle politische Teilhabe durch
48 das aktive und das passive Wahl-
49 recht.

50 In mehreren Studien hat das
51 BAMF die hohen Informations-
52 defizite aufseiten der Zielgruppe
53 der Einbürgerungsberechtigten
54 beklagt, die auch in der Kom-
55 plexität des deutschen Staats-
56 angehörigkeitsrechts begründet
57 sind. Viele Erleichterungen und
58 Begünstigungen werden z.B.
59 nicht im Gesetzestext selbst
60 erwähnt, sondern finden sich in
61 Verwaltungsvorschriften bzw. in
62 Anwendungshinweisen, Rund-

63 schreiben und Richtlinien, die
64 zum Teil nicht veröffentlicht bzw.
65 nicht verbindlich sind.
66 Die bestehenden Hürden ma-
67 chen es für Einbürgerungsinter-
68 essierte schwierig, an für sie re-
69 levante Informationen zu gelan-
70 gen. Auch ein einheitliches Be-
71 hördenhandeln wird erschwert.
72 Um ein geeignetes, standardi-
73 siertes Verfahren für Branden-
74 burg (bei geringen vorhandenen
75 Ressourcen) und eine ausführli-
76 che und tiefer gehende Informa-
77 tion nach außen zu ermöglichen
78 (vielsprachige Webseite, Koope-
79 ration mit Migrant*innenorgani-
80 sationen etc.) sollen die Ressour-
81 cen der Ausländerbehörden in ei-
82 ner zentralen Einbürgerungsbe-
83 hörde gebündelt werden.